

Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Ämtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes u. des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emscher Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.,
Reklamezeile 50 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 33.
In Ems: Admerstraße 95.

Druck und Verlag von D. Chr. Sommer,
Ems und Diez.

Nr. 36

Diez, Montag den 12 Februar 1917

57. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung

Nr. 973. 1. 17. R. II. 2e. (R. M. V.)

betreffend Bestandserhebung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.

Vom 1. Februar 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit auf Ersuchen des Königlich Kriegsministeriums mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebung vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft werden, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind.*) Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung über Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. Sept. 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) unterjagt werden.

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt ob. wissentlich unrichtige ob. unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

§ 1.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Personen (meldepflichtigen Personen) unterliegen bezüglich der von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (meldepflichtigen Gegenstände) einer Meldepflicht.

§ 2.

Meldepflichtige Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden alle nachstehend aufgeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte betroffen, die sich in Fabriken, Werkstätten, Handelslagern und bei gewerbsmäßigen Vermietern zum Zwecke des Verkaufs und der Verleihung befinden, und zwar:

- Klasse a: Zur Bodenbearbeitung,
- " b: Zur Düngung,
- " c: Zum Säen und Pflanzen,
- " d: Zur Ernte,
- " e: Dreschmaschinen und zugehörige Geräte.
- " f: Zur Bearbeitung von Samen, Körner-, Hülsen-, Knollenfrüchten und Gespinstpflanzen,
- " g: Zur Futterbereitung,
- " h: Zur Obstverwertung,
- " i: Zur Milchgewinnung und Verarbeitung,
- " k: Zur Schädlingsbekämpfung,
- " l: Zum Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen.

§ 3.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften, Firmen, sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen für den Zweck des Verkaufs oder der Verleihung haben, oder bei denen sich solche unter Zollaufsicht befinden.

§ 4.

Stichtag.

Für die Meldepflicht ist der am Beginn des 1. Februar vorhandene Bestand an meldepflichtigen Gegenständen maßgebend.

Für die Meldung sind nur die amtlichen Meldelisten und Klassenkarten zu benutzen, welche von der Landwirtschaftlichen Maschinen-Versorgungsstelle des Waffen- und Munitions-Beschaffungsamtes, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193—194, kostenlos abgegeben werden. Sie sind auf einer Postkarte anzufordern, welche keine andere Mitteilungen enthalten darf, als die Anforderung einer Sammelliste und eines Kartenblocks und deutliche Unterschrift mit genauer Adresse und Firmenstempel.

Die Kartenblocks enthalten für jede in § 2 angegebene Maschinengattung eine besondere Karte, welche nur mit den verlangten Stückzahlen und Angaben auszufüllen ist.

In der Sammelliste sind die Gesamtzahlen, der in den einzelnen Karten gemeldeten Maschinen und Geräte zusammenzutragen und die entsprechenden Fragen zu beantworten.

I A.

Meldesfrist und Meldestelle.

Sammelliste und Klassenkarte sind vom Anmelder ordnungsgemäß postfrei zu machen und bis zum 15. Februar 1917 an die Landwirtschaftliche Maschinen-Versorgungsstelle beim Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amt, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193—194, einzusenden.

I 7.

Anfragen und Anträge.

Alle auf die vorstehenden Anordnungen bezüglichen Anfragen und Anträge sind an die Landwirtschaftliche Maschinen-Versorgungsstelle beim Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amt, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193—194, zu richten und am Kopf des Schreibens mit der Bezeichnung „Bestandsaufnahme von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten“ zu versehen.

I A.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 1917 in Kraft.

Frankfurt (Main), 1. Februar 1917.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

Verordnung

über Beschränkung des Kohlenverbrauchs.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 — 4. Nov. 1915 (R.G.B. S. 607 und 728) wird für den Umfang des Regierungsbezirks — mit Ausnahme des Kreises Wiesentopf — bestimmt:

§ 1.

Theater, Konzertsäle, Versammlungsräume, Museen und alle Vergnügungshäuser, einschließlich der Wirtschaften mit VarieteeKonzession, Lichtspielhäuser, sowie die höheren und niederen Schulen aller Art, dürfen von Montag, den 12., bis Donnerstag, den 22. ds. Mts., einschließlich nicht geheizt werden.

§ 2.

In ganz besonderen Einzelfällen kann der Landrat, in den Städten Frankfurt und Wiesbaden der Magistrat, auf eingehend zu begründenden schriftlichen Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 gewähren.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe verbirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Wiesbaden, den 9. Februar 1917.

Der Regierungspräsident.
von Meißner.

P. Nr. 1. 4 M 552.

Diez, den 10. Februar 1917.

Wird veröffentlicht.

Der Königl. Landrat.
Duderstadt.

G.-Nr. M. 6473.

Springe, den 5. Januar 1917.

Bekanntmachung.

Der am 8. September 1885 zu Schömpetern geborene unausgebildete Landsturmpflichtige Misialis Meizies hat sich in Hülsebe, hiesigen Kreises, zur Stammrolle angemeldet, ist aber vor der Musterung am 3. Oktober 1915 unbekannt verzogen.

Sein Aufenthaltsort hat trotz fortgesetzter Nachforschungen nicht ermittelt werden können.

Ich bitte, weitere Ermittlungen nach Meizies anstellen lassen zu wollen und sofern sie von Erfolg sein sollten, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission
gez. v. Laer.

I. 959.

Diez, den 6. Februar 1917.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Abchrift zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Gegebenenfalls ist dem Königl. Landrat in Springe unmittelbar Mitteilung zu machen.

Der Königl. Landrat.
S. L.
Himmermann.

G.-Nr. M. 6746.

Springe, den 6. Januar 1917.

Bekanntmachung.

Der am 7. Januar 1880 zu Besslingen geborene unausgebildete Landsturmpflichtige, Knecht Andreas Makres, hat sich in Derie, hiesigen Kreises, zur Stammrolle angemeldet, ist aber vor der Musterung Anfang Oktober 1915 unbekannt verzogen.

Sein Aufenthaltsort hat trotz fortgesetzter Nachforschungen nicht ermittelt werden können.

Ich bitte, weitere Ermittlungen nach Makres anstellen lassen zu wollen und sofern sie von Erfolg sein sollten, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission
gez. v. Laer.

I. 960.

Diez, den 6. Februar 1917.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Abchrift teile ich zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung mit. Gegebenenfalls ist dem Königl. Landrat in Springe unmittelbar Mitteilung zu machen.

Der Königl. Landrat:
S. L.
Himmermann.

Dezember 1916 erlassene Stierbrief ist durch Ergreifung des v. Garle und Schuch erledigt.

Diez, den 31. Januar 1917.

Königliche Strafanstalt.

Der Vorsteher.

Rörner.

J.-Nr. II. 1269.

Diez, den 6. Februar 1917.

Bekanntmachung.

Die Landwirtschaft befindet sich zweifellos in einer mifflichen Lage und die Befürchtung, daß die Volksernährung durch die lange Dauer des Krieges, durch die Einziehung der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zum Heeresdienste, durch den Mangel an Gespannen, an Kraftfuttermitteln, an Saatgut und Düngemitteln, ernstlich gefährdet werden könnte, ist sicher nicht unbegründet. Diesen Gefahren rechtzeitig zu begegnen und Abhilfe zu schaffen, dienen die in allen Gemeinden des Kreises kürzlich gebildeten Wirtschaftsausschüsse. Die Mitglieder der Ausschüsse sind Vertrauensleute der Gemeinde. Ihnen liegen alle Arbeiten ob, die geeignet sind, die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebs und der Produktion von Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Der Ausschuss soll überall da eingreifen, wo durch Einberufung des Betriebsleiters und der sonstigen Arbeitskräfte die ordnungsmäßige Bewirtschaftung und Aufrechterhaltung des Betriebes gefährdet ist. Für Erfüllung dieser Aufgaben sollen dem Ausschuss die nötigen Hilfsmittel an Hand gegeben werden durch die Stellung von Arbeitskräften, Gespannen, Düngemitteln, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen usw. Dem Ausschuss wird auch die Begutachtung der Umlaufbesuche und die zweckmäßige Verwendung der Schülerhilfskolonnen übertragen werden. Die Aufgaben des Ausschusses lassen sich also zusammenfassen 1. in der Aufrechterhaltung der Produktion und der Sicherstellung derselben, der Durchführung der Frühjahrsbestellung, insbesondere auch dem ausgleichenden Anbau von Kartoffeln, Pflege der Kulturpflanzen, Unkrautbekämpfung und Einbringung der Ernte, 2. in einer Summe von Arbeiten, die wir als soziale Aufgaben umschreiben, wie die Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit der behördlichen Maßnahmen für die Sicherstellung der Volksernährung und die unbedingte Notwendigkeit der Ablieferung aller entbehrlichen Nahrungsmittel wie Milch, Butter, Eier, Gemüse, Obst, Getreide und Kartoffeln. Den Mitgliedern der Ausschüsse dürfte die geleistete Arbeit, wenn sie ihrer Bedeutung entsprechend mit Widmung und Umsicht verständnisvoll durchgeführt wird, noch im späteren Leben als eine segensreiche in Erinnerung bleiben! In der höchst wichtigen Kartoffelversorgung muß der Ausschuss dafür sorgen, daß mit den Kartoffeln so sparsam wie möglich umgegangen wird, daß das erforderliche Saatgut unter allen Umständen sichergestellt und bis zur Verwendung zweckmäßig gelagert wird und daß alle irgendwie entbehrlichen Kartoffelvorräte an den Kommunalverband abgeliefert werden.

Die Herren Bürgermeister des Kreises wollen für möglichste Verbreitung dieser Ausführungen Sorge tragen.

Der Landrat.

Duberstadt.

Bekanntmachung

**über den Verkehr mit Bruteiern
vom 15. Januar 1917.**

Auf Grund des § 15 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927) wird folgendes bestimmt:

I. Der Verkehr mit Bruteiern wird für Gänseeier vom 20. Januar, für andere Eier vom 10. Februar an bis 30. Juni unter folgenden Bedingungen gestattet:

Eier des dem Versender gehörigen Bestandes verendet werden.

2. Wer Hühnereier zu Brutzwecken verkauft, hat hierüber Aufzeichnungen zu führen, aus denen hervorgeht: Name und Wohnort des Käufers, Stückzahl und Art der Bruteier, Tag des Versandes.

Die Aufzeichnungen sind dem Kommunalverband auf Erfordern vorzulegen.

3. Eier, die als Bruteier gekauft sind, dürfen nur zur Brut verwendet werden.

4. Die Bruteierbefragungen müssen die deutliche Kennzeichnung als Bruteier erhalten.

II. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Ziffer I fallen unter die Strafbestimmungen der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927).

Berlin, den 15. Februar 1917.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Sydom.

Der Minister für Landwirtschaft,

Domänen und Forsten.

Freiherr von Schorlemer.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

Greund.

Nichtamtlicher Teil.

!: Warnung vor der Verwendung von chlorsauren Salzen bei der Zubereitung (Pökeln) von Fleisch und Fleischwaren. Nach einer dem Kaiserlichen Gesundheitsamt zugegangenen Mitteilung ist vor kurzem in einem Verkaufsgeschäft chlorsaures Kalium in loser Verpackung anstelle von Salpeter zum Zwecke des Einpökeln von Fleisch abgegeben worden. Da es sich hierbei vermutlich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern versucht werden wird, das bezeichnete Salz an größerem Umfange als Salpetersalz zur Fleischpökeln einzuführen, so sei darauf hingewiesen, daß durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Februar 1902 (Reichs-Gesetzbl. S. 48) es aus gesundheitlichen Rücksichten verboten worden ist, chlorsaure Salze bei der gewerbsmäßigen Zubereitung von Fleisch zu verwenden oder Fleisch, dem solches Salz zugesetzt worden ist, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in den Verkehr zu bringen. Zuwiderhandlungen gegen die genannte Bestimmung werden nach dem Fleischbeschau-Gesetz mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet. Da chlorsaure Salze in den bei der Pökeln in Betracht kommenden Mengen Giftwirkungen hervorrufen können, so sei vor ihrer Anwendung beim Pökeln von Fleisch oder vor der Benutzung von Pökelsalzmitteln, die solche Salze enthalten, auch im privaten Haushalt, wie z. B. bei Hausfleischungen, dringend gewarnt.

Die Verdaulichkeit der Speisen abhängig von der Zubereitung.

Von einem Arzte wird dem Kriegsernährungsamte geschrieben:

Die Bemühungen der Behörden in Bezug auf kräftige Ernährung schwer arbeitender Leute, in Bezug auf entsprechende Verwendung der Strohkrüben und meine diesbezüglichen Erfahrungen als Arzt, speziell in der Ernährungsfrage dieser Gegend, lassen es mir als Pflicht erscheinen, diese Zeilen zu schreiben, um unter Umständen damit zu einer rationelleren Ausnützung der Nahrungsmittel beizutragen.

Wir brauchen zur Ernährung Eiweiß, Kohlehydrate und Fette, mindestens in dieser Fassung nicht zutreffend ist.

Im Sommer 1902 (ich war damals leitender Arzt des dem Regierungsbezirk Lothringen gehörigen „Lothringischen Sanatoriums“ in Alberschweiler in Lothringen) verlangten die Kranken der Anstalt Alberschweiler, daß man sie mit nach elsässischer Art hergestellten Speisen versorge, nicht, wie sie sagten, nach norddeutscher Art. Eine Schwester wurde deshalb in Straßburg i. E. eigens ausgebildet, und im Herbst begann man mit der Einführung der elsässischen Küche. Von dem betreffenden Tage ab nahmen die Kranken der Anstalt (es handelt sich um Tuberkulose) an Körpergewicht ab, während wir vorher bei den wöchentlichen Wägungen meist sehr erfreuliche Gewichtszunahmen festgestellt hatten. Die Sache schien umso merkwürdiger, da genau die gleichen Mengen und Sorten an Rohmaterial verwendet wurden. Da die Abnahmen des Gewichts höchst bedenklich waren, boten wir alles auf, den Grund festzustellen. Endlich fanden wir ihn in der Zubereitungsart, die in ganz Westdeutschland, nicht nur im Süden, sondern auch im Rheinland und zum Teil in Westfalen, üblich ist. Man kocht alles Gemüse in Salzwasser ab, schüttet dann das Wasser weg, und bringt dann das Gemüse auf den Tisch, nachdem man es durch Fettzugesatz „geschmälzt“ hat. Um die Sache in belehrender Form, in einer Art Versuch mit einer großen Anzahl Menschen, festzustellen, ließ ich eine große Menge des sogenannten Lahmann'schen Pflanzennährsalz-Extraktes kommen. Jeder Schüssel Gemüse, Suppe und ähnlichem wurde eine entsprechende verhältnismäßig kleine Menge dieser Nährsalze zugesetzt, und von diesem Augenblick an trat die früher beobachtete Gewichtszunahme wieder ein.

Eine Bearbeitung der Angelegenheit, zum Teil in kurvenmäßiger Darstellung, habe ich dann dem kaiserlichen Bezirkspräsidium in Metz zugestellt. Veröffentlicht ist sie meines Wissens nicht.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß bei gleicher Verabreichung von Nahrungsmitteln die Zubereitung ausschlaggebend ist für die Ausnützung durch den Körper. Die unrichtige Form dieser Zubereitung aber durch Auslaugen der Nährsalze ist gerade in den Gebieten, die kürzlich in der Nahrungsfrage Abgeordnete zu Civ. Exzellenz schickten, sehr gebräuchlich. Verbreiteter aber ist noch die Gewohnheit, pflanzliche Nahrungsmittel, besonders Kohlarten, Rübenarten u. a. nur 1 bis höchstens 2 Stunden zu kochen. Die Speisen sind dann schwer verdaulich, werden nur in geringen Mengen ausgenützt und damit eigentlich verschwendet. Daß Sauerkraut, um leicht verdaulich zu sein, wenigstens 5 Stunden, Steckrüben wenigstens 3 Stunden kochen müssen, wollen die Arbeiterfrauen nicht einsehen. Der Wohlgeschmack, der damit erhöht wird, spielt keine Rolle. Wohl aber klagen manche, daß Steckrüben schlecht bekömmlich seien, nicht gut schmecken u. a. m. Es ist das natürlich, wenn man die Rüben nur 1 bis 1 1/2 Stunden kochen läßt. Die Steckrüben werden, nach Angabe gut kochender Frauen, im Kochen zuerst rasch etwas weich, dann aber (wie Fleisch) bald härter und erreichen erst nach etwa 3 Stunden den richtigen Wohlgeschmack und entsprechende Verdaulichkeit.

Als Ergebnis meiner Darstellung ist daher zu folgern: Gerade für Schwerarbeiter ist neben einer gewissen Menge an Nahrungsmitteln die Zubereitung von höchster Wichtigkeit. Ohne entsprechende Zubereitung leisten selbst große Mengen von Nahrungsmitteln nichts.

Es ist mir bekannt, daß Veröffentlichungen ähnlichen Inhalts besonders im Jahre 1916 erschienen. Besonders Prof. Vorau kan dem am nächsten. Eine experimentelle Begründung in so großem Maße, wie die meinige von 1902, ist mir nicht bekannt geworden. Gerade der Umstand aber, daß ich hier etwas praktisch Wertvolles liefern könne, bestimmte mich, durch diesen Brief die Zeit des Kriegsernährungsamtes, die gewiß stark in Anspruch genommen ist, auch

selbst, daß ich zu weiteren Ausführungen gern bereit bin. Ich zeichne mit vorzüglicher Hochachtung Sw. Exzellenz ergebenster

Dr. Stoehner, Arzt.

Das Reichs- und das Staatsschuldbuch.

Die Einrichtungen des Reichs- und des Staatsschuldbuches sind in weiten Kreisen des Publikums noch immer zu wenig bekannt, obwohl sie den Besitzern großer und kleiner Kapitalien mannigfache Vorteile bieten; nämlich unbedingte Sicherheit gegen Verluste durch Diebstahl, Unterschlagungen, Verbrennen, Abhandenkommen, wie sie bei Wertpapieren vorkommen können, ferner kostenlose laufende Verwaltung und portofreie Zusendung der Zinsen. Die Begründung von Schuldbuchforderungen ist denkbar einfach: man zahlt den Betrag durch einen Bankier oder bei einer Regierungshauptkasse oder einer Kreiskasse oder auch bei einem Postamt auf das Postcheckkonto der Reichsbank — für das Reichschuldbuch — oder der Seehandlung (Preuß. Staatsbank) — für das Staatsschuldbuch — ein und gibt dabei an, für wen die Buchschuld eingetragen und an wen und wie die Zinsen gezahlt werden sollen. Näheres ist an den genannten Stellen zu erfahren. Die Zinsen werden dann je nach Wunsch portofrei durch die Post zugesandt oder auf ein Bankkonto überwiesen; sie können auch bei den Staatskassen oder Reichsbankanstalten abgehoben werden. Wer bereits Schuldbuchverschreibungen des Reichs oder Preußens besitzt, kann diese mit dem Antrage auf Umwandlung in eine Buchschuld an die Verwaltung der Schuldbücher (Berlin SW. 68, Oranienstraße 92—94) einsenden und ist dann aller Sorge und Kosten wegen der Verwahrung der Wertpapiere überhoben. Auf diese Weise können Staatsrenten von 3 Mark jährlich an — entsprechend einem Kapital von 100 M. Nominalwert — erworben werden. Für die laufende Verwaltung werden keine Gebühren erhoben. Um Sicherheit zu haben, daß nicht ein Unbefugter über die Forderung verfügt, ist für Anträge auf Änderungen der Eintragung öffentliche Beglaubigung vorgeschrieben, die bei den öffentlichen Kassen kostenfrei erfolgt. Wer die Buchschuld wieder veräußern muß und nicht sofort jemanden findet, der sich an seine Stelle eintragen lassen will, kann jederzeit die Ausgabung von Schuldbuchverschreibungen gegen eine geringe Gebühr verlangen und die Papiere dann durch einen Bankier verkaufen. Besonderen Anklang bei dem Publikum hat es gefunden, daß zugleich eine zweite Person — z. B. die Ehefrau — eingetragen werden kann, die nach dem Tode des Rentenbesizers allein gegen Vorlegung der Sterbefunde ohne sonstige Formalitäten der Erbeslegitimation über die Rente verfügen und bestimmen kann, auf wen sie umgeschrieben werden soll.

Welche Beliebtheit die Schuldbücher jetzt schon haben, obwohl sie noch lange nicht genug bekannt sind, beweisen folgende Zahlen: am 31. März 1911 waren im Reichschuldbuch Kapitalien von 1037 Millionen Mark und im Preuß. Staatsschuldbuch von 2744 Mill. M. zu 4, 3 1/2 und 3 Prozent eingetragen. Von den rund 55 000 Konten des Staatsschuldbuches lauten rund 22 000 über Kapitalbeträge bis 4000 M., 12 000 über solche zwischen 4000 u. 10 000 M. u. mehr als 17 000 über solche zwischen 10 000 und 100 000 M., was gewiß zeigt, daß gerade die Besitzer kleiner und mittlerer Kapitalien die Vorteile dieser Anlage zu schätzen wissen.

Anzeigen.

Holzversteigerung. Oberförsterei Diez.

Mittwoch, den 14. Februar, vorm. 11 Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Schwint zu Gückingen. Distr. 33 a Heumes (an der Straße Kull-Hambach). Eiche: 10 Rm. Nußscheit, 2,4 Rm. lang, 9 Rm. Sekt. Buche: 186 Rm. Sekt. u. Rn., 430 Rm. Reijig 2 u. 3. Al., 20 Rm. un-aufgearbeitet. Nadelholz: 150 Stangen 4.—6. Al.

Verantwortlich für die Schriftleitung Richard Hein, Das Wes.